

**Für freie Wissenschaft in einer demokratischen Gesellschaft.
Erklärung der Fachgruppe Politikwissenschaft des Fachbereichs
Gesellschaftswissenschaften FB05 an der Universität Kassel, Juli 2021**

In größten Teilen angelehnt an die [Erklärung des Instituts für Politikwissenschaften der Philipps Universität Marburg aus dem Februar 2019](#)

Aufgrund aktueller und vergangener Aktivitäten von antidemokratischen und extrem rechten politischen Kräften auf dem Campus unserer Universität sowie des Bekanntwerdens entsprechender Betätigung von Studierenden unseres Fachbereiches, haben wir uns dazu entschlossen, eine Erklärung zu veröffentlichen, mit der wir uns eindeutig zu einer freien Wissenschaft in einer demokratischen Gesellschaft bekennen und die Verteidigung dieser als unsere gemeinsame Aufgabe benennen möchten. Da wir längst nicht die einzigen sind, die sich dem Auftreten antidemokratischer Tendenzen im universitären Kontext gegenüber sehen und sich Gedanken über angemessene Umgangsweisen machen, greifen wir die sehr gute Positionierung der Marburger Kolleg*innen und Studierenden aus dem Februar 2019 auf. Wir denken, dass es diesen gelungen ist, wichtige Aspekte auf den Punkt zu bringen, denen wir uns vorbehaltlos anschließen können und damit auch unsere Solidarität mit ihrer Erklärung zeigen möchten:

In den vergangenen Jahren sahen wir am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften uns an der Universität und in der Stadt Kassel mit Aktionen aus dem extrem rechten Spektrum konfrontiert. Wir beobachten eine größere Sichtbarkeit ›neurechter‹ Gruppen und extrem rechts organisierter Studierender – auch an unserem Fachbereich und in unseren Seminaren. Diese Präsenz sehen wir im Kontext eines Rechtsrucks in öffentlichen, nicht zuletzt parlamentarischen Debatten und in sozialen Medien, in denen rassistische, antisemitische, antifeministische und antidemokratische Positionen an Raum und Einfluss gewinnen. Zunehmend übersetzen sich diese Positionen in subtile Diskriminierung, verbale Attacken und gewaltsame Angriffe gegen all jene, die nicht in ein rechtes, völkisches oder gar faschistisches Weltbild passen. Die vermehrte Sichtbarkeit autoritär-rechter Akteur*innen und der Rechtsruck im öffentlichen Diskurs in Deutschland sowie anderen europäischen und außereuropäischen Ländern gefährden die Chancen, demokratische und egalitäre Gesellschaften zu realisieren. Auch Universitäten bleiben von diesen Entwicklungen nicht unberührt. Gesellschaftskritische Wissenschaftler*innen, etwa aus den Gender oder Postcolonial Studies, werden in Deutschland zunehmend Ziel radikal rechter Kampagnen. In Ungarn wurde die Geschlechterforschung von der Regierung faktisch abgeschafft. Auch in Österreich, Italien, der Türkei und Polen geraten Gender Studies durch radikal rechte Regierungsparteien unter Druck. Diese gesellschaftliche Konstellation nehmen wir zum Anlass darauf hinzuweisen, dass freie Wissenschaft und demokratische Gesellschaft fundamental aufeinander angewiesen sind. Zur Demokratie gehört konstruktiver Streit. Menschenverachtende

und faschistische Positionen können allerdings nicht Teil eines solchen Streits sein. Demokratie ist nicht auf Verfahren zu reduzieren. Als gemeinsame Selbstbestimmung freier und gleicher Menschen über ihre Geschieke und ihre Geschichte ist sie fundamental unvereinbar mit Ideologien der Ungleichheit und der Menschenfeindlichkeit, die Einzelne oder Gruppen abwerten, ausgrenzen und entrechten. Als Lebensform beruht sie auf materiellen und ideellen Bedingungen, die Menschen erst befähigt, ohne Angst verschieden zu sein und sich doch in Gleichheit zu begegnen. Universitäten kommt eine wichtige Rolle darin zu, solche demokratischen Verhältnisse zu ermöglichen. Als Angehörige der Universität Kassel nehmen wir die uns hieraus erwachsende Verantwortung ernst. Wir bekräftigen unsere Verpflichtung autoritären, rassistischen, antisemitischen und antifeministischen Äußerungen und Praktiken entschieden entgegenzutreten und bekennen uns zu Demokratie, Freiheit, Gleichheit und Antidiskriminierung. Wir verteidigen die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Natur-, Macht- und Herrschaftsverhältnissen als fundamentalen Bestandteil der Freiheit von Forschung und Lehre. In diesem Sinne rufen wir die Angehörigen der Universität Kassel – Studierende, Dozent*innen, Forschende und andere Kolleg*innen – auf, sich gegen Ideologien der Ungleichheit zu positionieren und den aus diesen Weltanschauungen folgenden Handlungen mit Zivilcourage zu begegnen.